

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Teil: Einleitung	23
A. Einführung und Ziel der Untersuchung	23
B. Systematischer Überblick der Klageoptionen eines Aktionärs aus eigenem Recht	25
C. Terminologie	26
I. „Abwehrklage“	27
II. „Aktionärsklage“	28
III. „Aktionärsklage“ im hier verwendeten Sinne	29
D. Thematische Eingrenzung	29
I. Klagen aus eigenem Recht	29
II. Klagen aus fremdem Recht und actio pro socio	30
III. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen	32
E. Gang der Untersuchung	33
2. Teil: Die Entwicklung der Aktionärsklage in Rechtsprechung und Literatur	35
A. Die Entwicklung der Rechtsprechung zur Aktionärsklage	35
I. Die Rechtsprechung vor dem BGH	35
II. Die BGH-Rechtsprechung	37
1. „Holzmüller“	37
2. „Siemens/Nold“	38
3. „Mangusta/Commerzbank“	39
4. Fazit	41
III. Die Rechtsprechung der Instanzgerichte	43
B. Die Entwicklung der Literatur zur Aktionärsklage	47
I. Anstoß durch Knobbe-Keuk	47

II.	Folgen der Holzmüller-Entscheidung	47
1.	Brondics – Die Aktionärsklage	48
2.	Schulz-Gardyan – Die sogenannte Aktionärsklage	49
III.	Der 63. Deutsche Juristentag	50
1.	Das Gutachten von Baums	50
2.	Das Referat von K. Schmidt	52
3.	Die Abstimmung	52
4.	Würdigung	53
IV.	Die grenzenlose Aktionärsklage	54
V.	Nach dem 63. DJT	55
VI.	Fazit	55
3. Teil:	Das Bedürfnis nach ungeschriebenem Rechtsschutz	57
A.	Die Mitgliedschaft	58
I.	Die Mitgliedschaft als Bündel von Einzelrechten und -pflichten	59
II.	Die Mitgliedschaft als ein Recht	61
1.	Eigenständigkeit der Mitgliedschaft und Nähe zum Eigentum	61
2.	Die Mitgliedschaft als subjektives Recht	63
a.	Was ist ein subjektives Recht?	63
b.	Einordnung der Mitgliedschaft als subjektives Recht	64
3.	Die Mitgliedschaft als „sonstiges Recht“ i. S. v. § 823 I BGB ...	67
a.	Folge der Eigenständigkeit der Mitgliedschaft	67
b.	Die Mitgliedschaft als absolutes Recht	67
III.	Fazit und Angreifbarkeit der Qualifizierung der Mitgliedschaft als subjektives Recht	71
1.	Doppelnatur der Mitgliedschaft	71
2.	Verhältnis zwischen Eigenständigkeit der Mitgliedschaft und Charakterisierung als ein subjektives Recht	72
B.	Unzureichender Schutz der Mitgliedschaft	73
C.	Kritik	74
D.	Zwischenergebnis	76

4. Teil: Grundsatz der restriktiven Handhabung von Aktionärsklagen	77
A. Kompetenzsystem	77
I. Vorstand	77
II. Aufsichtsrat	79
III. Hauptversammlung	80
IV. Fazit	84
V. Stellung des einzelnen Aktionärs im Kompetenzsystem	84
B. Kontrollsystem	88
I. Kontrolle des Vorstands	88
1. Durch den Aufsichtsrat, § 111 I AktG	88
2. Durch die Hauptversammlung	90
a. Entlastung, § 120 AktG	90
b. Erzwingung von Schadensersatz und Bestellung von Sonderprüfern, §§ 147, 142 AktG	92
II. Kontrolle des Aufsichtsrats	92
1. Durch die Hauptversammlung	93
2. Durch den Vorstand, § 93 III Nr. 7 AktG	94
III. Kontrolle der Hauptversammlung	95
1. Durch Beschlussmängelklagen im Allgemeinen	95
2. Durch Anfechtung eines Entlastungsbeschlusses	97
a. Meinungsstand zur Billigung i. S. v. § 120 II 1 AktG	97
b. Stellungnahme	98
c. Fazit	101
IV. Kontrolle innerhalb der Organe	101
V. Stellung des Aktionärs im Kontrollsystem	102
1. Aktionärskontrolle in der Hauptversammlung und Einzelkontrolle	102
2. Einschränkung der Einzelkontrolle durch die Treuepflicht ...	103
C. Folge der restriktiven Handhabung von Aktionärsklagen	104

5. Teil: Die Lücken im Aktionärsrechtsschutz und deren Schließung	105
A. Allgemeine Lücke bei der Verwaltungskontrolle und der allgemeine Anspruch des Aktionärs auf gesetz- und satzungsmäßiges Verhalten	106
I. Allgemeiner Anspruch des Aktionärs auf gesetz- und satzungsmäßiges Verhalten der Verwaltungsorgane nach Paefgen und Becker	106
II. Allgemeiner Anspruch des Aktionärs auf gesetz- und satzungsmäßiges Verhalten der Verwaltungsorgane nach Knobbe-Keuk	107
III. Folgen eines allgemeinen Anspruchs des Aktionärs auf gesetz- und satzungsmäßiges Verhalten der Verwaltungsorgane	108
IV. ROHG-Rechtsprechung als Argument für einen allgemeinen Anspruch	109
V. Der allgemeine Anspruch im Kompetenz- und Kontrollsysteem	113
1. Kompetenzsystem	113
a. Kompetenzkonflikt	113
b. Vermeidung des Kompetenzkonflikts durch Einschränkung der Klagbarkeit	113
2. Kontrollsysteem	115
VI. Unterschied zum US-amerikanischen Kontrollsysteem	116
VII. Der allgemeine Anspruch und quorumsabhängige Rechte	118
1. Einberufung der Hauptversammlung auf Verlangen einer Minderheit, § 122 AktG	118
2. Geltendmachung von Schadensersatz, § 148 I 1 AktG	120
3. Feststellungen der Sonderprüfer zur Unterbewertung im Jahresabschluss, § 260 AktG	120
4. Gerichtliche Bestellung von Abwicklern, § 265 III AktG	121
5. Fazit	122
VIII. Vergleich zum öffentlichen Recht	122
IX. Missbrauchsgefahr	124
1. Missbrauch durch räuberische Aktionäre	124
2. Missbrauch durch Publizität in Gerichtsverfahren	126
3. Fazit	127

X.	Hemmung der Entscheidungsfreude	128
XI.	Aktionärskontrolle und Achtung des Gemeinwohls durch die Gesellschaft	128
XII.	Ergebnis zur allgemeinen Lücke bei der Verwaltungskontrolle und zum allgemeinen Anspruch auf gesetz- und satzungsmäßiges Verhalten	129
B.	Lücke im Kontrollsysten und das Recht auf Wahrung der Hauptversammlungskompetenzen	130
I.	Lücke im Kontrollsysten	130
1.	Lücke – Wer kontrolliert die ordnungsgemäße Beteiligung der Hauptversammlung?	130
2.	Aufsicht durch den Aufsichtsrat – Ersatzaufsichtsrecht des Aktiörs?	132
3.	Keine Lücke wegen der Regelungsdichte des AktG?	134
4.	Zwischenergebnis	135
II.	Schließung der Lücke im Kontrollsysten durch das Recht auf Wahrung von Hauptversammlungskompetenzen	135
1.	Das Recht auf Wahrung der Hauptversammlungskompetenzen	136
2.	Der Anspruch auf Unterlassung und Beseitigung der Verletzung des Rechts auf Wahrung der Hauptversammlungskompetenzen	138
a.	Keine Einschränkung des Beseitigungsanspruchs	139
b.	Ausschluss der Nachholung eines Hauptversammlungsbeschlusses gem. § 93 IV 3 AktG	140
c.	Ausschluss des Beseitigungsanspruchs wegen Unmöglichkeit	142
3.	Verschuldensunabhängigkeit des Anspruchs	143
4.	Dogmatische Herleitung	144
a.	Deliktische Ansätze	145
aa.	§ 823 I BGB gegen die Mitglieder der Verwaltungsorgane	145
bb.	§ 823 I BGB und § 1004 BGB gegen den Verband	145
b.	Gesellschaftsrechtliche Ansätze	147

c. Stellungnahme und Kritik am Anknüpfungspunkt	
Mitgliedschaft	148
aa. Zu den deliktischen Ansätzen	148
(1) Abgrenzung § 823 I zu § 1004 I 1 BGB	148
(2) Geeignetheit des § 1004 BGB bei Verletzung des Rechts auf Wahrung der Hauptversamm- lungskompetenzen	149
(3) Innergesellschaftlicher deliktischer Schutz der Mitgliedschaft	151
bb. Zu den gesellschaftsrechtlichen Ansätzen	153
(1) Unterschiede aus der Doppelnatürlichkeit der Mit- gliedschaft	154
(2) Pflichtverletzung der Aktiengesellschaft im Rechtsverhältnis Mitgliedschaft	154
(3) Eingriff in das subjektive Recht Mitgliedschaft ...	157
cc. Zwischenergebnis	158
d. Herleitung aus der Gesamtschau von §§ 119, 245 AktG ...	159
aa. Auslegung von § 119 AktG	160
(1) Wortlaut von § 119 AktG	160
(2) Regelungszusammenhang von § 119 AktG	160
(3) Normzweck von § 119 AktG	163
(4) Normgeschichte von § 119 AktG	164
(5) Fazit	166
bb. Anfechtungsrecht und § 245 AktG	166
cc. Gesamtschau von § 119 und § 245 AktG	171
e. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	171
5. § 118 I AktG und das Recht auf Wahrung der Hauptversammlungskompetenzen	173
6. Bedenken wegen fehlendem Individualrecht auf Einberufung der Hauptversammlung	176
7. Bedenken wegen fehlendem Individualrecht auf Ergänzung der Tagesordnung	178
8. Ergebnis zum Recht auf Wahrung der Hauptversammlungskompetenzen	178

III.	Lücke bei der Befolgung eines Urteils einer Beschlussmängelklage	179
IV.	Lücke bei der Durchführung eines Hauptversammlungsbeschlusses	181
V.	Zwischenergebnis	182
C.	Weitere Lücken bei Aktionärsrechten und der Anspruch auf Achtung der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs durch die Verwaltungsorgane	183
I.	Sperrwirkung durch Beschlussmängelklagen	184
1.	Lücke und Rechtsschutz beim Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung	184
a.	Interessenlage am Beispiel des Rechts auf Zugang zur Hauptversammlung	186
b.	Interessenlage am Beispiel des Rederechts	188
c.	Lücke wegen des Fehlens einer interessengerechten Rechtsschutzmöglichkeit	188
d.	Ausdehnung der Aktionärsklagen durch interessengerechte Rechtsschutzmöglichkeit	189
2.	Lücke und Rechtsschutz beim Stimmrecht	190
3.	Ergebnis zur Sperrwirkung und Folge für den Grundsatz der restriktiven Handhabung von Aktionärsklagen	191
II.	Lücke bei dem Schutz des Bezugsrechts	192
1.	Rechtswidrige Ausnutzung eines genehmigten Kapitals mit Bezugsrechtsausschluss	192
a.	Rechtsschutzlücke	192
b.	Schutz des Bezugsrechts und Verletzung der Hauptversammlungskompetenzen	193
c.	Fazit	195
2.	Durchsetzung des Bezugsrechts	196
III.	Lücke bei Verstößen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz aus § 53a AktG	197
1.	Zwei Stufen zur Beurteilung des Rechtsschutzes bei Verstößen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz	197
a.	Differenzierung hinsichtlich der bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten (1. Stufe)	197

b. Differenzierung hinsichtlich der Struktur eines Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz (2. Stufe)	198
2. Anwendungsbereich einer die Aktionärsklage rechtfertigenden Beseitigungs- oder Unterlassungsanspruchs aus § 53a AktG	200
3. § 53a AktG im Kompetenzsystem	202
a. Unterlassungsanspruch gegen einen drohenden Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz	203
b. Beseitigungsanspruch wegen eines Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz	204
4. Schlussfolgerung und Ergebnis	207
IV. Lücke bei Verstößen gegen § 57 AktG	209
1. Gesetzliche Rechtsschutzmöglichkeiten	210
2. Ergänzender Rechtsschutz durch Aktionärsklage?	211
3. Ergebnis	214
V. Beschränkung der Aktionärsklage infolge der Voraussetzungen ungeschriebener Hauptversammlungskompetenzen	215
VI. Ergebnis	216
D. Systematisierung der Fälle der Aktionärsklage	217
I. Aktionärsklagen im sachlichen Anwendungsbereich der Beschlußmängelklagen	217
II. Aktionärsklagen außerhalb des sachlichen Anwendungsbereichs der Beschlußmängelklagen	217
1. Verletzung der Hauptversammlungskompetenzen	217
2. Durchsetzung von Vermögensrechten	220
6. Teil: Klagearten der Aktionärsklage	221
A. Die Aktionärsklage als Gestaltungsklage – Möglichkeit einer Analogie	221
I. Meinungsstand	222
II. Vergleichbare Interessenlage	224
III. Planwidrige Regelungslücke	225
IV. Ergebnis und Folgen	225

B. Die Aktionärsklage als Feststellungsklage	226
I. Analogie zur Nichtigkeitsklage gem. § 249 AktG	227
II. Allgemeine Feststellungsklage gem. § 256 ZPO	229
1. Rechtsverhältnis	229
a. Feststellung eines Drittrechtsverhältnisses im Allgemeinen	231
b. Feststellung eines Drittrechtsverhältnisses im Verbandsrecht der Aktiengesellschaft	233
c. Ergebnis zum Rechtsverhältnis	235
2. Feststellungsinteresse	235
a. Gefährdung	236
b. Eignung	238
III. Ergebnis	245
C. Einstweiliger Rechtsschutz	245
I. Verfügungsanspruch	248
II. Verfügungsgrund	249
1. Dringlichkeit	250
a. Objektive Gefahr für spätere Rechtsdurchsetzung	250
b. Zeitmoment	254
2. Interessenabwägung	255
a. Prognose über den Ausgang des Hauptsacheverfahrens ..	256
b. Betroffenheit der Parteien	257
3. Vorwegnahme der Hauptsache	263
4. Gerichtliche Prüfung des Verfügungsgrunds	264
III. Glaubhaftmachung	265
7. Teil: Materiell- und prozessrechtliche Einzelheiten	269
A. Die AG als richtige Beklagte	269
B. Verteilung der Beweislast	273
C. Klagebefugnis des Aktionärs	274
D. Zeitliche Begrenzung	278
I. Anknüpfung an Kenntnisnahme und Kennenmüssen	279
II. Frist(en) oder Verwirkung	281

III.	Prozessuale oder materiell-rechtliche Frist	284
IV.	Zeitliche Begrenzung der Aktionärsklage in Gestalt einer Feststellungsklage	285
V.	Fazit zur zeitlichen Begrenzung der Aktionärsklage	285
E.	Urteilswirkung	286
F.	Streitwert	288
G.	Analogien zu weiteren Modalitäten der Anfechtungsklage und zuständiges Gericht	291
8. Teil: Zusammenfassung		295
A.	Ergebnisse der Untersuchung	295
B.	Empfiehlt sich eine gesetzliche Regelung?	299
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis		301
Literaturverzeichnis		303